

Halle'sche Zeitung.

Anzeige-Gebühren
Für die Hauptposten Stelle oder deren
Namen für Quitt- u. Reg.-Zettel
nach 14. April 1885
Nachdem ein Schluß des schiedlichen
Zustandes die Stelle ist.
Anzeige-Nachweise bei der Expedition
und allen Annoncen-Expeditoren.
Sachw. Mittheilungen.
Eosterrichts.

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nummer 265.

Halle, Freitag, 10. November 1893.

185. Jahrgang.

Telegramm-Adresse: **Courier** Halle'sche.

Neueste Nachrichten.

(Eigene Drahtberichte und Fernsprechnachrichten der Halle'schen Zeitung.)

Berlin, 10. Nov. Die „Nord. Allgem. Ztg.“ schreibt: Gegenüber der Behauptung einzelner Blätter, es werde von den Verhandlungen der Börsen-Enquete-Kommission möglichst wenig veröffentlicht werden, sind wir in der Lage zu erklären, daß nicht nur der übrige nicht von dem Schriftführer, sondern von hierzu ernannten Mitgliedern der Kommission verfaßte Bericht, sondern auch die stenographisch aufgenommenen Verhandlungen der Enquete-Kommission sowie das übrige Material zur Öffentlichkeit gelangen; in welcher Weise dies erfolgen wird, steht noch dahin.

Schneidmühl, 10. November. Die Stadtverordneten erklärten sich heute damit einverstanden, daß der Magistrat morgen an die Ministerpräsidenten die Bitte richtet, zur Deckung der durch das Brunnenglück entstandenen, rund 1 Million betragenden Schäden, die Veranstaltung einer Brunnentalotte zu genehmigen. Die Bohrung am Brunnen geht nur langsam vorwärts, weil der Brunnennestler Meyer auf etwa 100 Centner Schonen gelassen ist, die im Juni mit verunreinigt sind. Meyer wird versuchen, die Schonen zu heben, um dann den Anstieg zu stoppen. Bis jetzt sind 104.000 Mk. Brunnentalotte eingezogen.

Regensburg, 10. November. Das Amtsblatt, veröffentlicht eine Verordnung der Regierung, in der das Zücker-Ausfuhr-Verbot aufgehoben ist.

London, 10. November. Bei dem Lord-Mayor-Banquet hob Kimberley in einem Toast hervor, Englands Beziehungen zu den fremden Mächten seien freundschaftliche und herzliche. Niemand könne jedoch befürchten, daß das Wohlsein der Völker in Europa sehen, welches einem befehligen Lager gleiche. England und die Unionisten seien ein Beweis, daß eine große Macht die Differenzen nach ohne Krieg zu erledigen vermögen. Kimberley sprach die Vermuthung über den Empfang des englischen Gesandten bei der italienischen Nation aus.

Paris, 10. November. Nach der Morque wurde heute die Reihe eines elegant gefesteten Deutschen Namens Robert Felle oder Ulfert gebracht. Felle, der Jümeln und eine bedeutende Summe Geldes bei sich trug, ist durch einen Revolveranschlag in den Kopf getroffen worden. Die Untersuchung ist eingeleitet, um festzustellen, ob ein Verbrechen oder ein Selbstmord vorliegt.

Barcelona, 10. November. Das Vergehen der durch die Explosion Getödteten fand heute auf Kosten der Municipalität statt. 16 Weisungen bildeten den Zug, die Stimmen sämtlicher Behörden wählten dem Verurtheilten bei; trotz des Regenwetters folgte eine zahlreiche Menschenmenge dem Leichenzug.

Rom, 9. November. Der auf morgen berufene Minister-Rath wird zu bestimmen haben, was das durch den Tod des Ministers G. de Sestini erhaltene Posten der öffentlichen Arbeiten vorübergehend übernehmen soll.

Rom, 9. November. Wegen einer letzten Erkrankung verstarb der Papst die für heute anberaumte gewöhnliche Audienz am Sonnabend.

Paris, 9. November. Der „Figaro“ meldet allerdings unter Vorbehalt, England sei geneigt, Gibraltar an Spanien abzutreten unter der Bedingung, daß Spanien an England Tanager überlasse.

Paris, 9. November. Der französische Volschloffer Gerbette ist gestern Abend nach Berlin abgereist.

Bern, 9. November. Dem hiesigen Schwurgericht wurden 71 Anklagen aus dem Arbeiterkrampf zur Aburtheilung übergeben.

Stockholm, 9. November. Der König, die Königin und Prinz Eugen sind heute Vormittag aus Christiania hier eingetroffen.

Madrid, 9. November. Die Unruhen auf Cuba sind beendet; die letzten Aufständler haben sich unterworfen.

Madrid, 9. November. Kammer. Bei der Wahl des Präsidenten erhielten von 187 abgegebenen Stimmen Greinato, der Kandidat der Regierung 50, Auduris, der Kandidat der Linken 102 Stimmen. Berühmte waren 35 Stimmen. Der Ministerpräsident Cotroppo erklärte, daß durch diese Abstimmung eine Ministerkrise eröffnet sei. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Wien, 9. November. Der König hat die Demission des Rabins angenommen und Trampus zu sich berufen. Trampus hat den Antrag betreffs der Neubildung des Rabins angenommen. Das Rabint wird voraussichtlich morgen formell sein.

Neu-York, 9. November. Es verlautet, daß die Wahl Mr. Kintley's für den Gouverneurposten von Ohio im Jahre 1896 seine Aufstellung als Kandidat zur Präsidentenwahl der Vereinigten Staaten nach sich ziehen wird.

Christiania, 9. November. Die erste Strecke der Staatstelegraphenverbindung zwischen Norwegen und Schweden, Christiania-Kongsvinger, ist fertiggestellt und dem öffentlichen Verkehr übergeben.

Das in der 3. Beilage unserer Nr. 263 Seite 2 an erster Stelle der Letzten Draht- und Fernsprechnachrichten befindliche Telegramm aus Berlin ist nach Schluß des Heftes eingelaufen und ohne Verweilen der Redaktion zur Aufnahme gelangt.

Die Reichsfinanzreform und das Centrum.

Von den Urtheilen der Presse über die projektierte Reichsfinanzreform dürften am meisten diejenigen der Centrumsorgane interessieren. In den staatsrechtlichen Parteien haben aber die Verantwortlichkeit nicht dafür, daß man von dieser Seite angesichts der Zwangslage, in welcher sich Reich und Einzelstaaten befinden, aufdringlich und ungeschickliche Vertheidigung zu erreichen bestrift sein wird. Die parlamentarische Entscheidung wird beim Centrum liegen. Mit dieser Thatsache rechnet der Entwurf wegen anderweiter Ordnung des Reichsfinanzwesens, indem er den schwerfälligen Apparat des Systems der Franzosenklausel in noch künftiger Gestalt beibehält. Wir glauben nicht, daß es Minderheiten der einzelstaatlichen Regierungen gewesen sind, denen diese Unzufriedenheit des genannten Apparates entgegensteht. Die Regierungen wissen sehr wohl, daß es für das berechtigte Maß öffentlicher Leistung in einem nationalen Staatsvertrage und wirksamere Garantien nicht, als die Franzosenklausel. Dagegen haben sie die angelegentlichsten Bitten der letzteren in den ernsten Schwandlungen der Reichsvertretungen und schließlich im laufenden Jahre in dem Eintritt von Minderheiten als eine wahre Geißel kennen gelernt, und wir bezweifeln nicht, daß es irgendwo einer Finanzminister gäbe, der auf die Franzosenklausel auch nur noch den geringsten Werth legen würde, wenn er dafür eine gesetzliche Sicherheit gegen die Erhebung von Materialbeiträgen und für eine feste Dotation des Reichs an die Einzelstaaten erlangen konnte.

Die Beibehaltung des mit dem Jahre 1879 eingeführten Systems geschieht schließlich dem Centrum zu liebe. Da ist es denn freilich sehr bedauerlich, daß die Centrumsreise sich über die in dem Regierungsentwurf ersichtlichen Bemerkungen, die Franzosenklausel unter Beibehaltung ihrer nachtheiligen Wirkungen zu konvertieren und für die Erreichung ihres finanzwirtschaftlichen Zweckes die bisher fehlende Garantie zu schaffen, höchlichst lustig macht und das Ganze für eine Witzrede erklärt, mit der man höchsten Kindern imponieren könne. Es ist nun keineswegs richtig, daß das System der Franzosenklausel „formell“, „betorant“ bestehen bleiben soll. Dadurch, daß der Entwurf den Einzelstaaten nicht eine selbstbestimmte Dotation, sondern nur eine gewisse Vermögensgewährleistung, daneben aber die bisher bestehende Wirkung der Franzosenklausel, soweit sie in den Finanzen der Einzelstaaten vortheilhaft sein kann, durchzusetzen; nur ein nach der Rechnung sich ergebender Ueberschuß gegen die im Etat angelegte Differenz zwischen den Materialbeiträgen und den Ueberschüssen soll dem Reiche verbleiben. Wenn aber das Centrum für zweckmäßig hält, das in dem Entwurf gelegene, sehr weitgehende Entgegenkommen gegen seinen Standpunkt für werthlos zu erklären, so wird man sich das merken müssen.

Nur die Rücksicht auf die sehr berechtigten Beschwerden der einzelstaatlichen Finanzverwaltungen und andererseits die Gewissung, daß es ohne die Hilfe des Centrums nicht gehen würde, wie das offizielle Organ der Nationalliberalen betont, dieser Partei die Annahme des vorgeschlagenen Systems discutabel erscheinen lassen. Will aber das Centrum auf diese Lösung nicht eingehen, dann wird man sich auf die nothdürftige Befriedigung des Reichs beschränken und die Verantwortung für das finanzwirtschaftliche Schicksal der Einzelstaaten dem Ueberschüssen überlassen müssen.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser und der König von Württemberg jagten am Mittwoch im Revier Hirschbach, wobei vier Stück Rehwild zur Strecke gebracht wurden; zwei davon hat der Kaiser erlegt. Amends um 5 Uhr erfolgte die Rückkehr nach Hechingen. Am Donnerstag Vormittag machte der Kaiser von Schloß Hechingen einen Ausflug nach der Burg Hohenzollern. In Hechingen wurde Ge. Majestät vom Fürsten am Hohenzollern empfangen. Unter den lebhaftesten Umgebungen der Bevölkerung führen der Kaiser und der Fürst von Hohenzollern-Hechingen nach der Burg, wo um 12 Uhr Frühstückstafel stattfand. Um 3 Uhr erfolgte die Rückfahrt nach Hechingen. Das Wetter war rau.

* Wie aus Stockholm berichtet wird, hat Kaiser Wilhelm dem dortigen nordamerikanischen Gesandten Mr. Thomas seinem Gesandten auf der Elbjagd bei Sundeberg, durch den Geheimratsattaché Graf von der Groeben sein Portrait, eine Kopie von Mr. Rogers' Bild in der Nationalgalerie, zur Erinnerung überreichen lassen. Der Kaiser hat eigenhändig unterzeichnet Wilhelm Imperator Reg. Herrljunga, 29./N. 1893.

* Dem Prof. Dr. Theodor Wilmanns ist anlässlich seines 50jährigen Doktorjubiläum der Stern zum Königlich-preussischen zweiten Klasse verliehen worden.

* Beim russischen Reichstag Grafen Schadowitz fand am Donnerstag eine große Tafel statt, bei der u. a. der österreichische Botschafter Schöngent und der Staatsf. Frhr. v. Warthfeld geladen waren.

Die Eröffnung des Reichstages wird am 16. d. Mts. 12 Uhr Mittags erfolgen. Es ist jetzt nicht, daß der Kaiser die Eröffnung selbst im Weissen Saale des Königl. Schlosses vollziehen wird. Am der Eröffnung des Reichstages wird sich um 1 Uhr Nachmittag die erste Plenar Sitzung anschließen. In nachgehenden parlamentarischen Kreisen geht man die Erwartung, daß die neue Tagung unter der Leitung des früheren Präsidiums (v. Reventow, Frhr. von Durl, Dr. Bürtlin) vor sich gehen wird.

* Der Bundesrath trat gestern zu einer Plenarsitzung zusammen. Vorher waren die vereinigten Ausschüsse für Eisenbahnen, Post und Telegraphen und für Rechnungswesen sowie die vereinigten Ausschüsse für das Landwirth- und die Festungen und für Handel und Verkehr verhandelt. In der Sitzung des Bundesraths wurden die Vorlagen betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Abkühlungsgeschäfte, den Entwurf eines Tabaksteuergesetzes, den Entwurf eines Weinsteuergesetzes, den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes über die Erhebung von Reichssteuerabgaben vom 1. Juli 1881/20. Mai 1885, den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Gesetz für 1893/94, den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushalts-Gesetz für 1894/95, den Entwurf eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verordnungen des Reichsherrschers, der Marine und der Reichsrentenämtern, und betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Reichshaushalts-Gesetz für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1894/95 den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Dem Entwurf eines Gesetzes vom 23. Mai 1873 über die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds wurde die Zustimmung erteilt.

* Am Reichshausballe begannen am Donnerstag die Nachkonzerten der bei der Reichsfeier besonders interessierten länderlichen Staaten. Man hofft, daß diese Staaten sich nachträglich zu weiteren Zugeständnissen in der Weinsteuerfrage herbeilassen werden.

* Die Gesamtsumme des Reichshaushalts-Gesetz für das nächste Rechnungsjahr beläuft sich mit 1.800.725.602 Mark und zwar belaufen sich die fortwährenden Ausgaben auf rund 1.079.000.000 Mark, die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf rund 84.000.000 Mark und die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats auf rund 139.000.000 Mark. Das Etatsgesetz schließt sich genau den früheren gleichartigen Gesetzen an. Die Erhöhung des Schutzumsatzes um 75 Millionen Mark zur Aufbesserung der österreichischen Reichsrente ist noch beizubehalten.

* Münchener Nachweise zufolge sind in den deutschen Münzstätten im Monat Oktober geprägt worden an Goldmünzen für 10.571.320 Mark Doppeltroten und zwar sämtlich auf Privatordnung, an Silbermünzen für 100.000 Mark Zweimarkstücke und für 471.895 Mark Einmarkstücke, an Nickelmünzen nichts und an Kupfermünzen für 49.839.31 Mark Einpfennigstücke.

* Einzelne Blätter erheben gegen die Reichssteuerpläne den Vorwurf, daß damit vornehmlich die weniger bemittelten Volksschichten getroffen werden sollen. Der Vorwurf ist durch nichts gerechtfertigt. Daß die Erhöhung der Rohrenten und die Einführung einer Reichssteuer die breiten Volksschichten treffen werden, wird man doch selbst nicht in den Kreisen beaupten wollen, wo man sich daran gewöhnt hat, jede Vorlage der verbündeten Regierungen zu bekämpfen. Es bleibt die Tabakfabriksteuer übrig. Wie gestaltet sich nun hier die Sachlage? Wir haben bereits die künftigen Detailspreise für die verschiedenen Tabaksorten, wie sie auf Grund von Auslagen, Sachverständiger berechnet sind, angeführt. Es ergibt sich daraus, daß die Fabriksteuer bei minderwertigen Fabrikaten nur eine unbedeutende, zum Theil sogar überhaupt keine Vertiefung zur Folge haben wird, weil die Neubelastung durch die Entlastung vollständig oder zum größten Theile aufgehoben wird. Man darf nämlich nicht vergessen, daß bei gewissen Neubelastungen durch die Prozenzsteuer eine Entlastung gegenübersteht, welche sich nicht nur in den Hauptarten der Inlandsteuer, sondern auch bei entsprechenden Zollveränderungen ergibt. Die Höhe dieser Entlastung ist bei Cigarenn für 0,6075 Mark für das Tausend, bei Cigaretten für 1,0075 Mark für das Tausend, bei Raubtabak auf 45,375 Mk. für 100 Kilogramm, bei Schnupftabak auf 34,65 Mark und bei Rauchtabak auf 35,95 Mark für 100 Kilogramm ermittelt worden. Je geringer und je mehr inländischer Rohstoff verwendet wird, desto härter fällt gegenüber der Neubelastung die Entlastung ins Gewicht. Also gerade den geringeren Sorten, die doch von den minder wohlhabenden Schichten gekauft werden, kommt die Entlastung zu Gute. Andererseits werden sich, wie gleichfalls aus den von uns bereits mitgetheilten zukünftigen Detailspreisen ersichtlich ist, je mehr der Werth der Fabrikate steigt, desto schneller der Steueranfug und die damit bequidenden Preisaufschläge vergrößern. Die Höhe der Vertheilungssorten und die Preissteigerung bei den Cigarenn sind für sich sichtbar machen, als bei den übrigen Tabakfabrikaten. Die aus inländischem Material gefertigte Cigarr, die im Einzelverkauf bisher vier Pfennig das Stück kostete, dürfte im Einzelab auf die Sechsfachigkeit der Mehrbelastung eine Preiserhöhung trotzdem nicht erfahren. Und wenn bei der für den Konsum allerdings am meisten in Betracht kommenden Feinpremieng-Cigarr eine Preiserhöhung um höchstens einen Pfennig eintreten wird, so wird man doch deshalb nicht behaupten können, daß die minder wohlhabenden Bevölkerungsschichten vorwiegend belastet werden sollen. Im Gegentheil. Wenn irgend eine Steuer die höherwertigen Fabrikate zu einer höheren Besteuerung heranzieht, so ist es die Tabakfabriksteuer und hohe Behauptungen können diese durch zuverlässige Berechnungen erhärtete Thatsache nicht auf der Welt schaffen.

* Als das neue Einkommensteuergesetz fertiggestellt wurde, sagte man sich, daß eine gerechte Besteuerung nicht erzielt werden würde, wenn nicht, wie auch schon früher bei der Veranlagung insbesondere die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler beeinträchtigende Umstände berücksichtigt würden. Die Regierung hatte deshalb schon in ihren Entwurf auf hierzu bezügliche Bestimmungen aufgenommen, die sich hauptsächlich dadurch unterscheiden, daß die

... die kleineren Einkommen betreffende, eine Verpflichtung zu Abstrichen an den zu veranlagenden Einkommen entfällt, während die andere die Steigerung um eine oder mehrere Steuerstufen von der Prüfung der einzelnen Fälle abhängig macht. Bei den Einkommen bis zu 3000 M. fällt das Vorhandensein von drei oder mehr Kindern die Ermäßigung um eine Stufe auf jeden Fall nach sich ziehen, bei den darüber hinausgehenden Einkommen wurde die Grenze, bis zu welcher eine Ermäßigung zulässig sein sollte, auf 9500 M. erhöht. Es wurden zwar noch darüber hinausgehende Anträge gestellt, so u. a. die Abzugssumme mit der Zahl der Kinder progressiv steigen zu lassen, dieselben wurden jedoch abgelehnt. Und mit gutem Recht; denn diese Anträge hätten den finanziellen Effekt der neuen Einkommensteuer in Frage gestellt. Es ist sich aber auch unzulässig praktisch gesagt, daß die in Rede stehenden Bestimmungen in der Hinsicht, wie sie das Einkommensteuerrecht angeht, vollst. ihrem Zwecke genügen. Dem Vernehmen nach sind auf Grund der erwähnten Bestimmung im Jahre 1892/93 nicht weniger als 154 566 Steuerpflichtige von der Einkommensteuer gänzlich befreit, und 543 408 in eine niedrigere Stufe herabgestuft worden. Der daraus für die Staatskasse erwachsende Ausfall beläuft sich auf 3 456 138 M. Die andere Bestimmung ist bei 52 063 Steuerpflichtigen mit der Wirkung zur Anwendung gelangt, daß ein Erlös von 543 410 M. ausfallen wird. Bei nicht weniger als 750 937 Steuerpflichtigen ist demnach eine Verdrängung besorgend, die Kristallisationsfähigkeit beeinträchtigende Umstände eintritt. Das ist ein recht beträchtlicher Prozentsatz der gesamten Steuerpflichtigen.

Wie auf dem Gebiete des Einkommensteuern wird der Staat trotz der schiefen Finanzlage auch die Steuererhebung des Reiches zu einem betr. des Wirtschaftskreislaufes eine intensive Aufgabe.

Im großen Unternehmens dieser Art sind, abgesehen von dem Bau des Dortmund-Emsbundes-Kanals und der Kanalisation der oberen Eder folgende in vollem Gange: Die Errichtung einer Stationen durch die Eder nach Hamm nach der Richtung, die Schließung einer neuen Schiffanlaufstelle unweit Kassel, die Regulierung und Kanalisierung der Eder, die Errichtung eines großen Kanals für die Schiffahrt, insbesondere die mit Dampfmaschinen betriebene, in Göttingen, die Verbesserung der Wasserversorgung und die Regulierung in untern Eder. Einige dieser zum Teil schon unternommenen Bauten sind wie die Regulierung der Eder und die Erweiterung des Göttinger Hafens, erst in der Zeit der finanziellen Enge abgelehnt. Für alle Bauten aber sind ausreichende Mittel verfügbar gemacht, um sie so zu fördern, wie dies technisch nur möglich ist.

Wie auch der Zukunft sind, wie erwähnt hervorzuheben wird, weitere Verkehrsunternehmungen in Aussicht genommen. Der nächst folgende Staatsbauplan dürfte sich auf einige wichtige und löbliche Anlagen dieser Art beziehen, und auch die Pläne eines umfangreicher Unternehmungen, deren Kosten nicht aus den laufenden Einnahmen bestreiten werden können, werden häufig geäußert.

So ist u. a. die wichtige Fortsetzung des Dortmund-Emsbundes-Kanals nach dem Rhein technisch vorbereitet, und man ist zur Zeit eifrig am Werke, die baldige Ausführung dieses Baues finanziell zu sichern. Hier, wie in anderen Fällen, wird hier die Regelung der Verhältnisse der Interessenten, an dem grundsätzlich festzuhalten ist, die größte Schwierigkeit. Die auch nicht mehr als sehr unbedeutende Förderung der ungenügenden Verträge des Grund und Bodens ermöglicht für den vorliegenden Fall um so weniger, als die Interessenten, vorwiegend Süddeutsche und andere inwärtige Gesellschaften, den Grund und Boden in der Hauptsache nicht zu erwerben müßten, was anders als auf dem Wege der Entgeltung in sachlichen Fällen nicht zu ermöglichen sein wird. Auch die Aufbringung eines Anteils des Bauausfalls würde zweifellos erheblichen Einwendungen begegnen. Man ist daher bemüht, die Beteiligung der Interessenten eine Form zu finden, deren weitere Vorteile nicht zu ersehen sind und hofft damit in nächster Zeit zu einem positiven Ergebnis zu gelangen.

*** Neues Alter der preussischen Volkserhebung.** In der „Preussischen Zeitung“ heißt es bei einem Artikel über die letzten Volkszählungen: „Eine Berechnung im „Reichs-Anzeiger“ rechnet auf 210 Konfessionen und Freikonfessionen, darunter 148 Konfessionen und 62 Freikonfessionen. Diese Rechnung berechnet dabei einen Gewinn für die Konfessionen von 23 Mandaten und einen Verlust für die Freikonfessionen von 4 Mandaten. Dieser Vergleich aber ist schon deshalb unzutreffend, weil der „Reichs-Anzeiger“ bei der Berechnung die früheren unvollständigen Abrechnungen, insbesondere die Wähler, außer Betracht läßt. Überhaupt beruht der Vergleich des „Reichs-Anzeiger“ mit den Zahlen auf dem im Jahre 1849 herausgegebenen Konfessionsverzeichnis, während mit der Zusammenlegung des Abgeordnetenhaus unmittelbar vor diesen Wahlen dem Vergleich zu Grunde gelegt haben.“ Herr Eugen Richter beschwert sich ganz mit Recht, daß der „Reichs-Anzeiger“ seinen Berechnungen kein neues Verzeichnis zu Grunde gelegt hat.

Cholera-Ansichten.

Das Kaiserliche Gesundheitsamt hat folgende vom 6. bis 9. d. M. Mittags, gemeldete Cholerafälle bekannt: Obergebiet: In Estlin, Garpa, D. und Görg, je eine Erkrankung; in Wollin acht, davon zwei mit tödlichem Ausgang; in zwei Orten des Kreises Angermünde drei Erkrankungen, davon eine mit tödlichem Ausgang. — Obgebiet: In Altona, Carburg und Rathenow je ein tödlich verlaufener Cholerafall. In einem Landorte des Kreises Westpreußen eine Erkrankung.

Wie von der Unterseite berichtet wird, werden mit Rücksicht auf die Vermeidung der Gefahr mit Choleraerregern durch die Behörden Maßnahmen getroffen, um eine größere Sicherheit für das Leben der Bewohner der Gemarkung herbeizuführen. Abgesehen von dringenden Verwarnungen, das Badenverbot zu genießen, sind die Gemarkungen des Regierungsbezirks Potsdam angehalten, den am Flußufer liegenden Fabriken und industriellen Anlagen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Jede Verunreinigung der Davel durch Abwässer ist streng verboten.

Seit, 8. Nov. Da seit zehn Tagen keine neue Erkrankung an Cholera vorgekommen ist, wird dieselbe in Bulgarien als erledigt betrachtet.

Zur Lage in Italien.

Nachdruck verboten. Rom, 7. November. Wenn auch nicht selbsterleuchtet werden kann, daß die finanzielle Lage Italiens augenblicklich keine günstige ist, so ist es doch andererseits keine Frage, daß sie von interessanter Seite noch weit schmerzlicher dargestellt wird, als es die Thatsachen rechtfertigen. Viele Parteien sind es besonders, welche daraus nach Kräften Kapital zu schlagen suchen: die kleine Gruppe der Franzosenfreunde und die Sozialdemokraten. Die ersteren suchen die Anhängung zu verbreiten, Italiens Ver-

legenheiten seien hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß es gegen Frankreich eine feindselige Stellung eingenommen habe, die Republik veranlaßt sich nun daran, indem sie Italiens Kredit schädige, dadurch, daß sie denselben verluste. Diese Besorgnisse, welche die Franzosenfreunde nicht laßt, werden natürlich allerorts aufbeist, um eine Rückkehr Crispians an die Spitze des Kabinetts zu verbinden und nicht denn je Versuche macht, das Volk gegen den Dreißund ungenügend zu stimmen. Allerdings wird selten mit bürren Worten gefast, daß es ratsam wäre, wenn Italien sich von demselben losmachte, man wiederholt nur fortwährend, daß es entwaufen müßte, um sich zu retten, in der Annahme, daß die Triple-Alliance sich von selbst auflösen würde. Eine wirklich nennenswerte Partei ist aber für diese Politik nicht vorhanden, ja die Franzosenfreunde müssen selbst eingesehen, daß die große Majorität in der Kammer sonst als im Volke das Bestehen am Dreißund für das einzige Richtige hält. Das doch eben erst wieder der Stadtrat von Spolito an die Regierung eine Petition angedeutet, um diese zu erlösen, der deutschen Flotte ihren Hafen anzuweisen.

Unter den frommen Katholiken hatte sich in letzterer Zeit hier bessere Stimmung gegen Frankreich gezeigt, weil diese der Meinung waren, die Neigungen des Papstes lassen darauf schließen, daß derselbe eine Annäherung an Frankreich wünsche, der jüngste Vorkall beim „Angelegen von Rom“ dem offiziellen Malt des Vatikan, hat sie indes eines Besseren belehrt. In Deutschland ist derselbe nicht ganz richtig wiedergegeben worden, weshalb sich der „Suddeutsche“ hier kurz der Meinung will. Das Malt war vom Vatikan, reist von Kardinal Rampolla subventioniert und man glaubte daher, die von ihm gebrauchte Nachricht, daß Italien an der französischen Grenze Truppen konzentriert, eine Mittelstellung, die in der Republik zu hohe Erregung hervorrief, sei von diesem inspiriert worden. Man meinte, es hätte die Absicht zu Grunde gelegen, in Frankreich die Stimmung gegen das italienische Königtum noch zu verschärfen. In Wahrheit aber wurde der Papst durch die Notiz und ganz besonders durch die Auslegung, welche derselbe fand, sehr peinlich berührt und Rampolla verlangte von der Zeitung Bescheid für die Möglichkeit der gegebenen Nachricht. Es sollte sich dann sehr bald heraus, daß dieselbe vollständig auf Erfindung beruhe, worauf der Kardinal die Subvention zurückzog. Von einem Prozeß, den man berichtet hat, das Malt anzuzeigen, kann gar nicht die Rede sein. Der Bericht beweist aber, daß der Papst nach seiner Richtung hin eine effektivere Stellungnahme wünscht und nur französischer Chauvinismus kann aus dessen Erklärung, daß sich die Geistlichkeit der bestehenden Ordnung der Dinge fügen soll, herauslesen, er beabsichtige damit eine Demonstration gegen die Triple-Alliance, deren Feind besonders Kardinal Rampolla sei. Dieser habe denn auch mit seiner Demission gedroht, als es schien, daß der Papst sich wieder von Frankreich abenden wollte, worauf letzterer anderen Sinnes geworden war. Man behauptet, wie man nicht seine Heiligkeit nicht sehr respektvoll, indem man sie fortwährend ihre Meinung ändern läßt. Was in Wirklichkeit aus dem Vorgehen des Vatikan in letzterer Zeit ersichtlich ist, daß derselbe es mit Niemand verberken will.

Was die zweite Hälfte der Sozialdemokratie betrifft, so kommt der Ausbreitung ihrer Lehren das große Hind, das unter der Arbeiterbevölkerung in Italien herrscht, zu Hilfe. Die Landwirtschaft liegt darüber und ebenso die Schmelzindustrie, eine der großen Stützstellen der Nation. Die Schmelzgewinnung erwacht sich schon seit längerer Zeit als unzulänglich, die Ausfuhr des Produkts geht mehr und mehr zurück und die Arbeiter der Minen befinden sich daher in einer schlimmen Lage und sind außer Stande, den Arbeiterkolonien zu genügen, von denen diese letzten kommen. Es ist dies ein Verhängnis, das heutzutage leider durch den erbitterten Kampf um Italien, durch die fieberhafte Konturung sich oft äußert; Italien befindet sich damit nicht in einer Ausnahmestellung, aber die Pasi del lavorator bauen die Situation natürlich aus, um für ihre Ideen Propaganda zu machen. Derselben wollen nämlich nur eine Kampagne gegen die Regierung führen, denn obgleich dies nicht direkt eingehanden wird, hat man es hier mit Sozialisten im Sinne von Karl Marx zu thun, die den Internationalismus auf ihre Fahne geschrieben. Natürlich gelingt es ihnen jetzt leicht, Anhänger zu finden, die Zahl der Pasi wächst von Tag zu Tag und ein Ansehen beziehen, wie man es beabsichtigt, wäre daher sein leichtes Unterfangen. Man ist deswegen in der Gegenwart ein Kampf zu wagen, als Arbeitervereine in einigen Tagen werden werden und auf dem man die bestehenden Zustände zu beproben denkt. Die Regierung sieht sich hier einem Problem gegenüber, das auch denen aller anderen Staaten jetzt viel zu schaffen macht und für welches man vorläufig noch nirgend eine Lösung gefunden. Eine besondere Gefahr für Italien ist darin nicht zu erblicken.

Ausland.

Österreich. Gegenüber anders lautenden Angaben wird nun autoritativer Seite bestätigt, daß die allerhöchste Entscheidung, welche die Einsetzung des Gegenseitigen Entwurfes im ungarischen Reichstage gestattet, aus Pest vom 6. November bairt ist.

Das „Fremdenblatt“ konstatiert, daß bisher noch keine Einigung über die Ministerliste erzielt ist, hebt aber hervor, daß die beteiligten Persönlichkeiten nicht im Mindesten in dem Glauben an ein baldiges Zustandekommen des Koalitionsministeriums manken geworden seien. In unterrichteten Kreisen werde ein rapides Ende der Krisis erhofft. Fürst Windischgrätz konzentrierte im Laufe des gestrigen Tages mit verchiedenen bei der Bildung eines Kabinetts in Betracht kommenden parlamentarischen und politischen Persönlichkeiten. Aus dieser Zusammenkunft, welche die Ministerliste und die Klubmitglieder Graf Schönerer, Kamerski und Pleuer zu einer gemeinsamen, mehr als zweistündigen Konferenz im Präsidium des Abgeordnetenhaus zusammen. In unterrichteten Kreisen gilt ein günstiger Abschluß dieser Verhandlungen als in nahe Aussicht, gerückt.

An Stelle des demnächst zurückzutretenden Kultusministers Graf Julius Andrássy, bisher Staatssekretär im Kultusministerium, zum Kultusminister ernannt werden. Ministerpräsident Skerle wurde in Pest bei seiner Ankunft aus Wien anläßlich des günstigen Ausganges seiner Audienz beim Kaiser mit großem Interesse empfangen. In der Stadt herrscht große Freude über die Erhellung der Konstanten des Kaisers zu dem Übergang und Abgrenzungsverträgen. Man beabsichtigt, Werke eines Festzugs herbeizubringen; der Ministerpräsident verbat sich aber jede Demonstration.

In den nächsten Tagen tritt in Pest eine Bischofskonferenz zusammen, um den Widerstand der katholischen Bevölkerung gegen die Kirchenreform zu organisieren.

Italien. Das sozialistische Centralkomitee beabsichtigt,

die Arbeiterbewegung auch über Substanten zu verbreiten; was häufig ermahnt es jedoch seine Anhänger allenfalls zur Ruhe. England. Die Presse beschäftigt sich mit dem Attentat in Barcelona. Die Blätter fordern ein internationales Barchon, was die Anarchisten, welche die schismatischen Feinde der Menschheit und des Fortschrittes seien. Von allen Regierungen müßten schärfere Strafen gegen anarchische Verbreiten beantragt werden.

Der „Daily Independent“ erfährt, daß Morley, der Staatssekretär für Irland, einen Verbotsbefehl gegen John B. McDonn, den Führer der Barmestellen im Unterparlament, wegen seiner aufreizenden Reden außerhalb des Parlaments, erlassen habe. Derselbe Nachricht ist bisher noch unbestätigt geblieben.

Das Oberhaus hat gestern die Sitzungen wieder aufgenommen.

Im Unterhause erklärte der Parlamentssekretär des Auswärtigen, die Regierung habe seine Information über einen Angriff auf die britische Station zu Miami in Rußland. Der Parlamentssekretär des Kolonial-Anwesens Burton theilte dem Empfang einer Depesche des Gouverneurs von Madagaskar vom 6. d. M. mit, nach welcher der Oberst Godeb Adams in einem Telegramm vom 6. d. M. berichtet habe, daß Eingeborene in sein Lager gekommen seien und mitgeteilt hätten, Mulambo sei von einer englischen Division befreit worden, Lobangula sei auf der Flucht begriffen, desgleichen der Oberst Gumbo, und zwar gegen den Fürst Oweh. Ein Telegramm Jamesons bestätigte diese Meldung des Obersten Adams und fügt hinzu, daß er mit seiner Kolonne nach Mulambo marschierte. Burton dankt angelegentlich dieser Nachrichten, daß die Feindseligkeiten ihrem Ende entgegengehen.

Rußland. Die wichtigsten Folgen der französisch-italienischen Verbrüderung beginnen sich zu zeigen. Obgleich nämlich die frühere französische Gesellschaft zum Bau der Eupatorien Eisenbahn nicht einmal die Kauktion in Frankreich zusammenbringen konnte, wird jetzt eine Pariser Gesellschaft für den Bau neun Eisenbahnlinien in Rußland bestellt, ohne Zuzugewehrung der russischen Regierung, die sie nur nach 25 Jahren auflösen muß. Es sind dies Bahnen, die längere als zwei Meilen lang sein werden und deren Bau aus Geldmitteln der unteren Hand. Eine andere französische Gesellschaft wird zwischen den großen russischen Städten Petersburg und Moskau errichtet.

Im Gouvernements Riew herrscht unter der Bevölkerung blutige Aufregung. Zwischen Bauern und Gendarmen fanden blutige Zusammenstöße statt, wobei die Letzteren Hilfe requirieren mußten.

Aus Nah und Fern.

Berlin, 9. November. Eine Gasexplosion entstand heute Vormittag 10 Uhr in der Schulplatz-Bräuerei in der Schönhauser Allee. Arbeiter waren mit der Reparatur der Gasleitung im Parterre-Raum beschäftigt; hierbei erfolgte die Explosion durch Entzündung des Gases nach dem in ersten Stockwerk belegenem Komplex-Raume an, wobei lediglich die Gasleitungen in Brand gesetzt wurden. Die herbeigerufenen Feuerwehren fanden jedoch die Gefahr bereits beseitigt. Zu Schaden gekommen war Niemand.

Schweidnitz, 9. November. Am Brunnen in seine Veränderung warf, man, doch wollen Vorkanteln in der letzten Nacht ein Verhängnis wahrgenommen haben, welches auf einen in der Tiefe fastgehenden Erdrutsch zurückzuführen führt.

Breslau, 9. November. Durch eine große Feuersbrunst wurde in vergangener Nacht das Hauptgebäude der Kath. Marienkirche in Glogau fast total zerstört.

Wien, 9. November. Aus allen Landestheilen werden rapids in die Hauptstadt und hinfür, da es die Falligkeiten im Adriaatischen Meer herricht eine so anstößige Werra, daß keine Schiffe in den Triester Hafen einlaufen können.

Rom, 9. November. Alle Wälder bringen Monzen anläßlich seines Geburtsjahres die herzlichsten Glückwünsche dar. Rom, 9. November. In allerhöchster Nähe Palermo hat wieder ein Mäuberüberfall stattgefunden. Der Angriff richtete sich gegen einen Baron Starabba, welcher mit seinem Gespanne unterwegs war. Nur dem Umfange, daß die Pferde des Barons durchgingen, hat dieser es zu verdanken, daß er nicht in die Hände der Räuber fiel.

Waiand, 9. November. Hier hat sich ein Comité etabliert, um dem Marquis de Waiand auf dem Schicksal seine von Waiand zu denken zu erwirken.

London, 8. November. Ein alarmierender Unfall, bei welchem die Anwohner in diesem glücklicherweise mit dem bloßen Schrecken davonkamen, ereignete sich gestern auf dem South Colern Eisenbahn in Dover. Gerade als der Nachmittagszug mit der Besatzung und der Post vom Kontinent die Station verließ, wurde, als der große Zug das Bahnhofs ein und gegen die Lokomotive, sowie einen Teil der Personenwagen unter seinen Rädern, aus welchem eine größere Anzahl der Passagiere nur mit Mühe herbeigeführt werden konnte. Um so wunderbarer ist es, daß Niemand verletzt worden ist. Als Ursache des Unfalles wird die Zusammenstoß eines der eilenen Nachzügler bezeichnet, gegen welche eine Rangiermaschine einen Güterwagen getroffen hat. Dies allein würde aber wohl kaum solche Folgen gehabt haben, wenn nicht das vor nahezu fünfzig Jahren errichtete Dach längst baufällig geworden wäre.

Petersburg, 9. November. Heute Mittag fand die Verbergung des Kompositenrichters G. G. G. unter großen Schwärmern statt. Gegen andere republikanische bestellten sich an derselben. Der impulsive Begehrung bewegte sich von der Stube zum Parterre und von da zur Kasse der Stabkammer, wobei die Einsetzung der Leiche erfolgte. Hierauf wurde derselbe nach dem Alexander-Benewski-Kloster gebracht und dort beigesetzt.

Wien, 8. November. Heute Morgen ist in das Verlangen besetzte Personat der Zeitungen in Wien abgegangen. Der Rand war durch eine Explosion im gemächten Laboratorium des Zeitungsbesizers in Wien, die das Gebäude ein Feuer ausbrach, das Feuer mit außerordentlicher Schnelligkeit. In wenigen Minuten war das ganze obere Stockwerk in Flammen. Glücklicherweise waren die Kinder bereits in den Untergeschossen, sodass keine von ihnen verunglückt ist. Mit großer Mühe gelang es, die Feuerherde zu löschen. Ein anderes merkwürdiges Unglück ereignete sich in Wien. Es stürzte dort oben ein Ständer einer Fabrik ein, in welcher fünfzehn Arbeiterinnen beschäftigt waren. Von den Unglücklichen wurde eine getödtet, alle anderen aber durch den Sturz mehr oder weniger schwer verletzt. Nur ein Arbeiter ist durch den Sturz Schaden davon gekommen. Die Waisen, welche das obere Stockwerk zu tragen hatten, setzten durch die Witterung ernstet erodeten zu sein.

Belgrad, 9. November. Der Gerichtshof von Belgrad verurtheilte den Geistlichen Milovanovic wegen Verleumdungsversuchs, benagten an dem Diakon Lubitscha bei Verleumdung des heiligen Abendmahls, zu zwei Jahren Kerker.

